



### Inhalt:

- 115** Immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren (wesentliche Änderung);  
Antragsteller: SGD Kipfenberg GmbH, Altmühlstr. 2, 85110 Kipfenberg  
Vorhaben: Planmäßige Rekonstruktion der Schmelzwanne mit Erhöhung der Schmelzleistung von 218 t/d auf 250 t/d, Vergrößerung der Schmelzfläche von 57 m<sup>2</sup> auf 66 m<sup>2</sup>, Umbau der Rauchgasreinigungs- und Entstaubungsanlage für die Erhöhung der Leistungskapazität von 18.000 Nm<sup>3</sup>/h auf 27.200 Nm<sup>3</sup>/h und Umbau der Gemengeanlage  
Standort: Fl.-Nr. 170, Gemarkung Grösdorf
- 116** Amtliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung und öffentliche Auflage der Haushaltssatzung 2012 des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung Altmühl-Jura nach Vorlage bei der Rechtsaufsichtsbehörde
- 117** Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2012 des Zweckverbandes Burgsalacher Juragruppenwasserversorgung
- 118** Aufgebot von Sparbüchern (Sparkasse Eichstätt)
- 119** Kraftloserklärung von Sparkassenbüchern und sonstigen Sparurkunden (Sparkasse Ingolstadt)
- 120** Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Ingolstadt und der Gemeinde Lenting (Landkreis Eichstätt) für die öffentliche Wasserversorgung (Wassergewinnungsanlage „Am Krautbuckel“) vom 11.06.2012 (Stadt Ingolstadt)

### Bekanntmachungen des Landratsamtes

- 115** **Immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren (wesentliche Änderung);**  
Antragsteller: SGD Kipfenberg GmbH, Altmühlstr. 2, 85110 Kipfenberg  
Vorhaben: Planmäßige Rekonstruktion der Schmelzwanne mit Erhöhung der Schmelzleistung von 218 t/d auf 250 t/d, Vergrößerung der Schmelzfläche von 57 m<sup>2</sup> auf 66 m<sup>2</sup>, Umbau der Rauchgasreinigungs- und Entstaubungsanlage für die Erhöhung der Leistungskapazität von 18.000 Nm<sup>3</sup>/h auf 27.200 Nm<sup>3</sup>/h und Umbau der Gemengeanlage  
Standort: Fl.-Nr. 170, Gemarkung Grösdorf

#### Öffentliche Bekanntmachung

Mit Bescheid vom 12.07.2012, Sg. 44 Az. 1711 - 1760092.WR genehmigte das Landratsamt Eichstätt der Firma SGD Kipfenberg GmbH, Altmühlstr. 2, 85110 Kipfenberg die Planmäßige Rekonstruktion der Schmelzwanne mit Erhöhung der Schmelzleistung von 218 t/d auf 250 t/d, Vergrößerung der Schmelzfläche von 57 m<sup>2</sup> auf 66 m<sup>2</sup>, Umbau der Rauchgasreinigungs- und Entstaubungsanlage für die

Erhöhung der Leistungskapazität von 18.000 Nm<sup>3</sup>/h auf 27.200 Nm<sup>3</sup>/h und Umbau der Gemengeanlage.

Hiermit wird der verfügende Teil des Bescheides und die Rechtsbehelfsbelehrung nach § 10 Abs. 8 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und § 21a 9. BImSchV (Verordnung über das Genehmigungsverfahren öffentlich bekanntgegeben.

- Das Landratsamt erteilt der Firma SGD Glashüttenwerke Kipfenberg GmbH, Altmühlstraße 2 in 85110 Kipfenberg die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Herstellung von Glas auf dem Grundstück Fl.-Nr. 170 der Gemarkung Grösdorf. Die Genehmigung umfasst folgende Änderungsmaßnahmen:
  - Erhöhung der Schmelzleistung von 218 t Glas/Tag auf 250 t Glas/Tag
  - Vergrößerung der Schmelzfläche von 57 m<sup>2</sup> auf 66 m<sup>2</sup>
  - Erhöhung der Feuerungswärmeleistung von 12,5 auf 14,5 MW/h
  - Umbau der Rauchgasreinigungs- und Entstaubungsanlage der Schmelzwanne für die Erhöhung der Leistungskapazität von 18.000 Nm<sup>3</sup>/h auf 27.200 Nm<sup>3</sup>/h
  - Umbau der Gemengeanlage für eine spätere Verbindung mit einer möglichen Gemengehauserweiterung ohne Betriebsunterbrechung
  - Kaminerrhöhung der Schmelzwanne von 56 m auf 63 m
  - Umbau der Rauchgasreinigungs- und Entstaubungsanlage der Vergütungsanlage für die Erhöhung der Leistungskapazität von 35.500 Nm<sup>3</sup>/h auf 48.100 Nm<sup>3</sup>/h
  - Kaminneubau 52 m (Vergütung)
- Von der Einhaltung der Abstandsflächen hinsichtlich des Kamins der Schmelzwanne wird gemäß Art. 63 Abs. 1 BayBO zu Fl.-Nr. 172 eine Abweichung erteilt.
- Der Genehmigung liegen die unter Punkt 2 des Genehmigungsbescheides erwähnten, mit Genehmigungsvermerk des Landratsamtes Eichstätt vom 09.07.2012 versehenen Planunterlagen und Beschreibungen zugrunde. Der Bescheid wurde mit Nebenbestimmungen versehen.
- Die Genehmigung schließt gemäß § 13 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) die Baugenehmigung ein.
- Die Kosten des Genehmigungsverfahrens hat Firma Firma SGD Glashüttenwerke Kipfenberg GmbH, Altmühlstraße 2 in 85110 Kipfenberg zu tragen.

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende

#### Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht in München,  
Postfachanschrift: Postfach 20 05 43, 80005 München,  
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München

schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in

Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl S. 390) wurde das Widerspruchsverfahren im Bereich des Immissionschutzrechts abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.
- Die Klageerhebung in elektronischer Form (z.B. durch E-Mail) ist unzulässig.
- Kraft Bundesrechts ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Eine Ausfertigung des Genehmigungsbescheides einschließlich seiner Nebenbestimmungen, dessen Begründung und den dazugehörigen Antragsunterlagen kann in der Zeit von **Montag, 23.07.2012 bis einschließlich Montag, 06.08.2012** bei folgenden Stellen eingesehen werden:

1. **Landratsamt Eichstätt**, Residenzplatz 2, 85072 Eichstätt, I. Stock, Zimmer-Nr. 131  
(Mo. - Do. 8.00 - 12.00 Uhr und 14.00 bis 16.30 Uhr, Fr. 8.00 - 12.00 Uhr),
  2. **Markt Kipfenberg**, Marktplatz 2, 85110 Kipfenberg  
(Mo. - Fr. 8:00 - 12:00 Uhr, Do. 14:00 - 17:00 Uhr)
- Mit Ablauf der Auslegungsfrist gilt der Bescheid als bekanntgegeben. Die Rechtsbehelfsbelehrung des Genehmigungsbescheides gilt entsprechend. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können die Bescheide samt Begründung bis zum Ablauf der Klagefrist beim Landratsamt Eichstätt, Sachgebiet 44, 85071 Eichstätt schriftlich bis einschließlich Mittwoch, 06.09.2012 angefordert werden.

Eichstätt, den 16.07.2012  
Landratsamt Eichstätt  
gez. A. E r h a r d , Regierungsrat

**Bekanntmachungen anderer Behörden**

**Zweckverband Abwasserbeseitigungsgruppe Altmühl-Jura**

**116 Amtliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung und öffentliche Auflage der Haushaltssatzung 2012 des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung Altmühl-Jura nach Vorlage bei der Rechtsaufsichtsbehörde**

I.

Aufgrund der Verbandssatzung und § 41 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) in Verbindung mit Art. 63 ff der Gemeindeordnung erlässt der Zweckverband folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 wird festgesetzt

im Verwaltungshaushalt	
in den Einnahmen und Ausgaben mit	220.250 Euro
im Vermögenshaushalt	
in den Einnahmen und Ausgaben mit	147.050 Euro

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt wird auf 0 Euro festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Betriebsmittelumlage

Eine Betriebsmittelumlage wird nicht erhoben.

Investitionsumlage

Eine Investitionsumlage wird nicht erhoben.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 30.000 Euro festgesetzt.

§ 6

Weitere Festsetzungen werden nicht vorgenommen.

§ 7

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2012 in Kraft.

II.

Das Landratsamt Eichstätt hat die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan mit Schreiben vom 16.07.2012 Nr. 331/9410 rechtsaufsichtlich geprüft.

III.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan liegen während des ganzen Jahres in der Geschäftsstelle der Verwaltungsgemeinschaft Eichstätt, Zimmer Nr. 7, Pfahlstraße 17, 85072 Eichstätt, innerhalb der allgemeinen Geschäftszeiten zur Einsichtnahme aus.

Eichstätt, 18.07.2012  
gez. Hans M a y e r , 1. Vorsitzender

**Zweckverband Burgsalacher Juragruppenwasserversorgung**

**117 Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2012 des Zweckverbandes Burgsalacher Juragruppenwasserversorgung**

Nachstehend wird, gem. Art. 24 Abs. 1, 41 Abs. 1 KommZG sowie Art. 65 Abs. 3 GO, die Haushaltssatzung des Zweckverbandes Burgsalacher Juragruppenwasserversorgung für das Haushaltsjahr 2012 bekannt gemacht.

Das Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen, als zuständige Aufsichtsbehörde, hat mit Schreiben vom 09.07.2012, Nr. 20-941, die erforderliche Genehmigung erteilt.

Ab dieser Bekanntmachung liegen der Haushaltsplan eine Woche lang, die Haushaltssatzung während des Jahres 2012 in der Verwaltungsgemeinschaft Nennslingen öffentlich zur Einsicht auf.

**HAUSHALTSSATZUNG**

**des Zweckverbandes Burgsalacher-Juragruppenwasserversorgung**

(Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen)

**für das Haushaltsjahr 2012**

Aufgrund des § 21 der Verbandssatzung und des Art. 41 des Gesetzes über die Kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt die Verbandsversammlung folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 wird

im Verwaltungshaushalt	
in den Einnahmen und Ausgaben auf	1.781.700 Euro
und im Vermögenshaushalt	
in den Einnahmen und Ausgaben auf	3.170.500 Euro

festgesetzt.

§ 2

Zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt werden Kredite in Höhe von 2.070.000 € aufgenommen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Eine Verwaltungsumlage und eine Investitionsumlage werden nicht erhoben.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 296.000 Euro festgelegt.

§ 6

Weitere Vorschriften, die sich auf die Einnahmen und Ausgaben (so z. B. zu §§ 25 bis 27 KommHV) und den Stellenplan (§ 6 KommHV) beziehen, werden nicht aufgenommen.

§ 7

Diese Haushaltssatzung tritt am 01. Januar 2012 in Kraft.

Nennslingen, den 16.07.2012

Zweckverband Burgsalacher Juragruppenwasserversorgung  
gez. O b e r m e y e r, Erster Bürgermeister  
und Zweckverbandsvorsitzender

**Sparkasse Eichstätt**

**118 Aufgebot von Sparbüchern**

Gemäß Art. 36 AGBGB ergeht hiermit auf Antrag der nachstehend aufgeführten Antragssteller an den Inhaber des jeweiligen Sparkassenbuches die Aufforderung, seine Rechte unter Vorlage der Urkunde binnen 3 Monaten bei der Sparkasse Eichstätt anzumelden. Wird die Urkunde innerhalb dieser Frist nicht vorgelegt, so wird das jeweilige Sparkassenbuch durch Beschluss des Vorstandes für kraftlos erklärt.

Antragsteller: \_\_\_\_\_ Sparbuchnummer: \_\_\_\_\_  
Friedrich Rindfleisch 4020017697

Eichstätt, den 09.07.2012  
Der Vorstand der Sparkasse Eichstätt  
H o l l w e c k S c h l a m p

**Sparkasse Ingolstadt**

**119 Kraftloserklärung von Sparkassenbüchern und sonstigen Sparurkunden**

Gemäß Art. 39 AGBGB wurden nachstehend aufgeführte Sparkassenbücher/Sparurkunden

3121249878

durch Beschluss der Sparkasse Ingolstadt für kraftlos erklärt.

Ingolstadt, 13.07.2012  
Sparkasse Ingolstadt  
Edith Bittner

Uschi Braun

**Stadt Ingolstadt**

**120 Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Ingolstadt und der Gemeinde Lenting (Landkreis Eichstätt) für die öffentliche Wasserversorgung (Wassergewinnungsanlage „Am Krautbuckel“) vom 11.06.2012**

Mit Verordnung der Regierung von Oberbayern vom 23.11.1976 (RABl OB vom 23.12.1976, Nr. 20 S 186/187) wurde die Stadt Ingolstadt aufgrund Art. 75 Abs. 3 Satz 1 BayWG (alte Fassung) als zuständige Behörde für den Erlass, die Änderung und die Aufhebung einer Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes in der Stadt Ingolstadt und in der Gemeinde Lenting für die öffentliche Wasserversorgung der Stadt Ingolstadt (Wassergewinnungsanlage „Am Krautbuckel“) bestimmt.

Die Stadt Ingolstadt erlässt auf Grund des § 51 Abs. 1 Nr. 1 Abs. 2 und § 52 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl I S. 2585), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212) i. V. mit Art. 31 Abs. 2 und 63 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2010 (GVBl S. 66), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.02.2012 (GVBl. S. 40) folgende

**V e r o r d n u n g**

§ 1 Allgemeines

Zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung für die Stadt Ingolstadt sowie ganz oder teilweise der Gemeinden Wettstetten, Bergheim, Gaimersheim, Großmehring, Lenting und Manching wird in der Stadt Ingolstadt und der Gemeinde Lenting das in § 2 näher umschriebene Schutzgebiet festgesetzt. Für dieses Gebiet werden die Anordnungen nach den §§ 3 bis 7 erlassen.

§ 2 Schutzgebiet

- (1) das Schutzgebiet besteht aus
- (2) einem Fassungsbereich (Schutzzone I), einer engeren Schutzzone (Schutzzone II) sowie einer weiteren Schutzzone (Schutzzone III).

Der Fassungsbereich liegt auf dem Grundstück Fl.Nr. 1245 Gemarkung Oberhaunstadt und umschließt dort die zwei bestehenden Tiefbrunnen mit einer Ausdehnung von ca. 300 m x 500 m. Er hat ein Ausmaß von 3,724 ha.

(3) Die Grenzen des Schutzgebietes und der einzelnen Schutzzonen sind in dem im Anhang (Anlage 1) veröffentlichten Lageplan eingetragen. Für die genaue Grenzziehung ist ein Lageplan im Maßstab 1: 4.000 maßgebend, der in der Stadt Ingolstadt – Untere Wasserrechtsbehörde -, dem Landratsamt Eichstätt und in der Gemeindekanzlei Lenting niedergelegt ist; er kann dort während der Dienststunden eingesehen werden. Die genaue Grenze der Schutzzone verläuft auf der jeweils gekennzeichneten Grundstücksgrenze oder, wenn die Schutzzonengrenze ein Grundstück schneidet, auf der der Fassung näheren Kante der gekennzeichneten Linie.

(4) Veränderungen der Grenzen oder der Bezeichnungen der im Schutzgebiet gelegenen Grundstücke berühren die festgesetzten Grenzen der Schutzzonen nicht.

(5) Der Fassungsbereich ist durch eine Umzäunung, die engere und die weitere Schutzzone sind, soweit erforderlich, in der Natur in geeigneter Weise kenntlich gemacht.

§ 3 Verbotene oder nur beschränkt zulässige Handlungen

(1) Es sind

		in der weiteren Schutzzone	in der engeren Schutzzone
entspricht Zone		III	II
<b>1.</b>	<b>bei Eingriffen in den Untergrund (ausgenommen in Verbindung mit den nach Nrn. 2 bis 5 zugelassenen Maßnahmen)</b>		
1.1	Aufschlüsse oder Veränderungen der Erdoberfläche, auch wenn Grundwasser nicht aufgedeckt wird; insbesondere Fischteiche, Kies-, Sand- und Tongruben, Steinbrüche, Über- tagebergbau und Torfstiche	nur zulässig - wenn nach dem Eingriff eine Restmächtigkeit der wirksamen Deckschichten über dem Malmkarst von mindestens 5 m verbleibt. Die Deckschicht muss aus tonig-schluffigen Schichten bestehen. Geeignete Voruntersuchungen sind durchzuführen - zur Bodenbearbeitung im Rahmen der ordnungsgemäßen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung	nur zulässig zur Bodenbearbeitung im Rahmen der ordnungsgemäßen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung
1.2	Geländeauffüllungen und Verfüllungen von Erdaufschlüssen	nur zulässig - mit dem ursprünglichen Erdaushub oder mit unbelastetem Material im Zuge von Baumaßnahmen und - sofern die Bodenauflage wiederhergestellt wird	verboten
1.3	Leitungen verlegen oder erneuern (ohne Nrn. 2.1, 3.7 und 6.12)	---	nur zulässig bei Instandhaltungsmaßnahmen und Bodeneingriffen bis max. 1 m Tiefe unter Beachtung von Ziffer 2.3
1.4	Durchführung von Bohrungen	nur zulässig für Bodenuntersuchungen bis zu 1 m Tiefe	
1.5	Untertage-Bergbau, Tunnelbauten	verboten	
<b>2.</b>	<b>bei Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (siehe Anlage 2, Ziffer 1)</b>		
2.1	Rohrleitungsanlagen zum Befördern von wassergefährdenden Stoffen zu errichten oder zu erweitern	verboten	
2.2	Anlagen nach § 62 WHG zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu errichten oder zu erweitern	nur zulässig entsprechend <b>Anlage 2, Ziffer 2</b> für Anlagen, wie sie im Rahmen von Haushalt und Landwirtschaft üblich sind	verboten
2.3	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 62 WHG außerhalb von Anlagen nach Nr. 2.2 (siehe <b>Anlage 2, Ziffer 3</b> )	nur zulässig für die kurzfristige Lagerung von Stoffen bis Wassergefährdungsklasse 2 in zugelassenen Transportbehältern bis zu je 50 Liter, deren Dichtheit kontrollierbar ist	verboten
2.4	Abfall i. S. d. Abfallgesetzes und bergbauliche Rückstände abzulagern	verboten (Die Kompostierung im eigenen Garten und die ordnungsgemäße Bereitstellung zur regelmäßigen Abholung (z. B. Mülltonnen) sind davon nicht berührt)	
2.5	Genehmigungspflichtiger Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung	verboten	
<b>3.</b>	<b>bei Abwasserbeseitigung und Abwasseranlagen</b>		
3.1	Abwasserbehandlungsanlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten, ausgenommen biologische Kleinkläranlagen für maximal 8 Einwohner, wenn unter der Versickerungsanlage eine Restmächtigkeit von wirksamen Deckschichten ( $k_f < 10^{-7}$ m/s) von mindestens 5 m über der Karstoberkante durch ein fachkundiges Büro nachgewiesen wird oder in ein Oberflächengewässer eingeleitet wird.	verboten
3.2	Regen- oder Mischwasserentlastungsbauwerke zu errichten oder zu erweitern	verboten	
3.3	Trockenaborte	nur zulässig, wenn diese nur vorübergehend aufgestellt werden und mit dichtem Behälter ausgestattet sind	verboten
3.4	Ausbringen von Abwasser	verboten, ausgenommen gereinigtes Abwasser aus dem Ablauf von Kleinkläranlagen zusammen mit Gülle oder Jauche zur landwirtschaftlichen Verwertung	verboten

		in der weiteren Schutzzone	in der engeren Schutzzone
entspricht Zone		III	II
3.5	Anlagen zur Versickerung von Abwasser zu errichten oder zu erweitern	verboten	
3.6	Anlagen zur Einleitung von Kühlwasser oder Wasser aus Wärmepumpen ins Grundwasser zu errichten oder zu erweitern	- nur zulässig bei Nutzung des quartären Grundwasserleiters	verboten
3.7	Anlagen zur Versickerung des von Dachflächen abfließenden Wassers zu errichten oder zu erweitern (erlaubnispflichtig nach § 8 Abs. 1 WHG i.V.m. § 1 NWFreiV*)	- nur zulässig bei breitflächiger Versickerung über den bewachsenen Oberboden - verboten für gewerbliche Anlagen, ausgenommen landwirtschaftlich genutzte Grundstücke - verboten für kupfer-, zink- oder bleigedekte Dachflächen	verboten
3.8	Abwasserleitungen und zugehörige Anlagen zu errichten oder zu erweitern	nur zulässig, wenn die Dichtheit der Entwässerungsanlagen vor Inbetriebnahme durch Druckprobe nachgewiesen und wiederkehrend alle 5 Jahre durch Sichtprüfung und alle 10 Jahre durch Druckprobe überprüft wird	verboten
<b>4. bei Verkehrswegen, Plätzen mit besonderer Zweckbestimmung, Hausgärten, sonstigen Handlungen</b>			
4.1	Straßen, Wege und sonstige Verkehrsflächen zu errichten oder zu erweitern	nur zulässig, - wenn die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten (RiStWag)“ in der jeweils geltenden Fassung beachtet werden und - wenn die Dichtheitsprüfung von Rohrleitungen zum Ableiten von Straßenabwasser entsprechend Nr. 3.8 erfolgt und - wenn die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung nicht wesentlich gemindert wird ansonsten zulässig wie in Zone II	nur zulässig - für öffentliche Feld- und Waldwege, beschränkt-öffentliche Wege, Eigentümerwege und Privatwege und - bei breitflächigem Versickern des abfließenden Wassers und - wenn die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung erhalten bleibt
4.2	Eisenbahnanlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten	
4.3	Wassergefährdende auswasch- oder auslaugbare Materialien (z. B. Schlacke, Teer, Imprägniermittel u. ä.) zum Straßen-, Wege-, Eisenbahn- oder Wasserbau zu verwenden	verboten	
4.4	Baustelleneinrichtungen, Baustofflager zu errichten oder zu erweitern	--- auf die Verbote im Bezug auf wassergefährdende Stoffe (s. Nr. 2.2 und 2.3) wird hingewiesen	verboten
4.5	Bade- und Zeltplätze, einzurichten oder zu erweitern; Camping aller Art	nur zulässig mit Abwasserentsorgung über eine dichte Sammelentwässerung unter Beachtung von Nr. 3.8	verboten
4.6	Sportanlagen zu errichten oder zu erweitern	nur zulässig mit Abwasserentsorgung über eine dichte Sammelentwässerung unter Beachtung von Nr. 3.8 verboten für Tontaubenschießanlagen und Motorsportanlagen	verboten
4.7	Großveranstaltungen durchzuführen	nur zulässig auf Plätzen mit ordnungsgemäßer Abwasserentsorgung und befestigten Parkplätzen (wie z. B. Sportanlagen) verboten für Motorsport	verboten
4.8	Friedhöfe zu errichten oder zu erweitern	nur zulässig bei einer Überdeckung des Malmkarstes von mindestens 7,5 m	verboten

\* NWFreiV = Niederschlagswasserfreistellungsverordnung

		in der weiteren Schutzzone	in der engeren Schutzzone
entspricht Zone		III	II
4.9	Flugplätze einschl. Sicherheitsflächen, Notabwurfplätze, militärische Anlagen und Übungsplätze zu errichten oder zu erweitern	verboten	
4.10	Militärische Übungen durchzuführen	nur Durchfahren auf klassifizierten Straßen zulässig	
4.11	Kleingartenanlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten	
4.12	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Flächen, die nicht unter Nr. 6 fallen (z. B. zur Unterhaltung von Verkehrswegen)	verboten	
4.13	Düngen mit Stickstoffdüngern auf Flächen, die nicht unter Nr. 6 fallen	nur zulässig bei standort- und bedarfsgerechter Düngung	verboten
4.14	Beregnung auf Flächen, die nicht unter Nr. 6 fallen	verboten wie Nr. 6.11	
<b>5. bei baulichen Anlagen allgemein</b>			
5.1	bauliche Anlagen zu errichten oder zu erweitern	nur zulässig, - wenn kein häusliches oder gewerbliches Abwasser anfällt oder in eine dichte Sammelentwässerung eingeleitet wird unter Beachtung von Nr. 3.8 und - wenn die Gründungssohle mindestens 2 m über dem höchsten Grundwasserstand liegt - wenn bei Eingriffen in den Untergrund (z. B. Unterkellerung, Tiefgaragen) mehr als 5 m Restmächtigkeit der Deckschichten verbleiben - für die frostsichere Fundamentierung und den frostsicheren Einbau von Wasser- und Gasleitungen	nur zulässig, für Anlagen ohne Grundwassergefährdung bzw. ohne Abwasseranfall
5.2	Ausweisung neuer Baugebiete im Rahmen der Bauleitplanung und Erlass von Satzungen nach § 35 Abs. 6 BauGB**	nur zulässig bei Reinen und Allgemeinen Wohngebieten nach den §§ 3 und 4 der BauNVO***, unter Beachtung der vorstehenden Nr. 5.1 und außerhalb der 5-Jahresfließzeitlinie gemäß der Anlagen 4-8 der wasserrechtlichen Unterlagen vom 20.06.2005. Verboten sind die in § 4 Abs. 3 der BauNVO aufgeführten Bauvorhaben.	verboten
5.3	Stallungen zu errichten oder zu erweitern ****	nur zulässig entsprechend <b>Anlage 2, Ziffern 4 a oder 4 b</b>	verboten
5.4	Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Silagesickersaft zu errichten oder zu erweitern ****	nur zulässig mit Leckageerkennung oder gleichwertiger Kontrollmöglichkeit der gesamten Anlage (einschließlich Zuleitungen)	verboten
5.5	ortsfeste Anlagen zur Gärfutterbereitung zu errichten oder zu erweitern ****	nur zulässig mit Auffangbehälter für Silagesickersaft entsprechend Nr. 5.4	verboten
<b>6. bei landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Flächennutzungen</b>			
6.1	Düngen mit Gülle, Jauche oder Festmist	nur zulässig wie bei Nr. 6.2	verboten
6.2	Düngen mit sonstigen organischen und mineralischen Stickstoffdüngern (ohne Nr. 6.3)	nur zulässig, wenn die Stickstoffdüngung in zeit- und bedarfsgerechten Gaben innerhalb der Vegetationsperiode erfolgt Die Düngeverordnung in der jeweils gültigen Fassung ist zu beachten. Nicht zulässig: - auf tief gefrorenem Boden (Frosttiefe > 5 cm) - auf schneebedecktem Boden - auf wassergesättigtem Boden	

\*\* BauGB = Baugesetzbuch

\*\*\* BauNVO = Baunutzungsverordnung

\*\*\*\* Es wird auf den Anhang 5 „Besondere Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Festmist, Silagesickersäften“ (JGS-Anlagen) der AnlagenVO (VAwS) in der jeweils gültigen Fassung hingewiesen, der nähere Ausführungen zur baulichen Gestaltung (u.a. Leckageerkennung) enthält. Musterpläne sind bei der ALB Bayern e.V. erhältlich.

		in der weiteren Schutzzone	in der engeren Schutzzone
entspricht Zone		III	II
6.3	Ausbringen oder Lagern von Klärschlamm, klärschlammhaltigen Düngemitteln, Fäkalschlamm oder Kompost aus zentralen Bioabfallanlagen	verboten	
6.4	Ganzjährige Bodendeckung durch Zwischen- oder Hauptfrucht	erforderlich, soweit fruchtfolge- und witterungsbedingt möglich. Eine wegen der nachfolgenden Fruchtart unvermeidbare Winterfurche darf erst ab 01. November erfolgen. Zwischenfrucht vor Mais darf erst ab 25. März eingepflügt werden.	
6.5	Lagern von Festmist, Mineraldünger oder Kalkdünger auf unbefestigten Flächen	nur Kalkdünger zulässig, Schwarzkalk nur sofern gegen Niederschlag dicht abgedeckt	verboten
6.6	Gärfutterlagerung außerhalb von ortsfesten Anlagen (Nr. 5.5)	nur zulässig bei Siliergut ohne Gärsafterwartung in dichten Foliensilos (dichte Foliunterlage und -abdeckung) sowie Ballensilage	verboten
6.7	Beweidung, Freiland-, Koppel- und Pferchtierhaltung	nur zulässig auf Grünland ohne flächige, dauerhafte Verletzung der Grasnarbe (siehe <b>Anlage 2, Ziffer 5</b> ) oder für bestehende Nutzungen, die unmittelbar an vorhandene Stallungen gebunden sind	verboten
6.8	Wildfutterplätze und Wildgatter zu errichten	---	verboten
6.9	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln	nur zulässig unter Beachtung der Vorschriften des Pflanzenschutzrechts	
6.10	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln aus Luftfahrzeugen oder zur Bodenentseuchung	verboten	
6.11	Beregnung landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Flächen	nur zulässig nach Maßgabe der Beregnungsberatung bzw. bis zu einer Bodenfeuchte von 70 % der nutzbaren Feldkapazität	verboten
6.12	landwirtschaftliche Dräne und zugehörige Vorflutgräben anzulegen oder zu ändern	nur zulässig für Instandsetzungsmaßnahmen, jedoch nicht bei Einleitung in den <u>offenen Karst</u> verboten bei Einleitung der Dränabflüsse in den <u>offenen Karst</u> (siehe <b>Anlage 2, Ziffer 6</b> )	
6.13	besondere Nutzungen im Sinne von <b>Anlage 2, Ziffer 7</b> neu anzulegen oder zu erweitern	verboten	
6.14	Rodung, Kahlschlag oder eine in der Wirkung gleichkommende Maßnahme (siehe <b>Anlage 2, Ziffer 8</b> )	nur Kahlschlag bis 1.000 m <sup>2</sup> zulässig (ausgenommen bei Kalamitäten)	
6.15	Nasskonservierung von Rundholz	verboten	

(2) Im Fassungsbereich (Schutzzone I) sind sämtliche unter Abs. 1 aufgeführte Handlungen verboten. Das Betreten des Fassungsgebietes ist nur zulässig für Handlungen im Rahmen der Wassergewinnung und -ableitung durch Befugte des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung.

(3) Die Verbote und Beschränkungen des Absatzes 1 und 2 gelten hinsichtlich der Nummern 1.2, 1.3, 1.4., 3.7 und 5.1 nicht für Handlungen im Rahmen der Wassergewinnung und -ableitung des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, oder der von ihm Beauftragten.

§ 4 Befreiungen

(1) Für die Erteilung von Befreiungen von den Verboten des § 3 gilt § 52 Abs. 1 Sätze 2 und 3 WHG.

(2) Die Befreiung nach § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG ist widerruflich; sie kann mit Inhalts- und Nebenbestimmungen verbunden werden und bedarf der Schriftform.

(3) Im Falle des Widerrufs können die Stadt Ingolstadt und/oder das Landratsamt Eichstätt vom Grundstückseigentümer verlangen, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern es das Wohl

der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung erfordert.

§ 5 Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen

(1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben die Beseitigung oder Änderung von Einrichtungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bestehen und deren Bestand, Errichtung, Erweiterung oder Betrieb unter die Verbote des § 3 fallen, auf Anordnung der Stadt Ingolstadt und/oder des Landratsamtes Eichstätt zu dulden, sofern sie nicht schon nach anderen Vorschriften verpflichtet sind, die Einrichtung zu beseitigen oder zu ändern.

(2) Für Maßnahmen nach Abs. 1 ist nach dem § 52 Abs. 4 WHG i.V.m. §§ 96-98 WHG und Art. 57 BayWG Entschädigung zu leisten.

§ 6 Kennzeichnung des Schutzgebietes

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben zu dulden, dass die Grenzen des Fassungsgebietes und der Schutzzonen durch Aufstellen oder Anbringen von Hinweiszeichen kenntlich gemacht werden.

§ 7 Kontrollmaßnahmen

(1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben Probenahmen von im Schutzgebiet zum Einsatz bestimmten Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln durch Beauftragte der Stadt Ingolstadt und/oder des Landratsamtes Eichstätt sowie des Wasserversorgungsunternehmens zur Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften dieser Verordnung zu dulden.

(2) Sie haben ferner die Entnahme von Boden-, Vegetations- und Wasserproben und die hierzu notwendigen Einrichtungen auf den Grundstücken im Wasserschutzgebiet durch Beauftragte der Stadt Ingolstadt und/oder des Landratsamtes Eichstätt sowie des Wasserversorgungsunternehmens zu dulden.

Kontrollmaßnahmen werden dem Grundstückseigentümer und, soweit bekannt, dem Nutzungsberechtigten rechtzeitig angezeigt und jeweils im Einvernehmen mit dem Grundstückseigentümer durchgeführt.

(3) Sie haben ferner das Betreten der Grundstücke durch Bedienstete des Wasserversorgungsunternehmens, die durch diese Verordnung geschützt sind, oder der von ihm Beauftragten, zur Wahrnehmung der Eigenüberwachungspflichten gemäß § 3 der Verordnung zur Eigenüberwachung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen (Eigenüberwachungsverordnung – EÜV) in der jeweils geltenden Fassung zu gestatten, die hierzu erforderlichen Auskünfte zu erteilen und technische Ermittlungen und Prüfungen zu ermöglichen.

§ 8 Entschädigung und Ausgleich

(1) Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergehende Anordnung das Eigentum unzumutbar beschränkt und diese Beschränkung nicht durch eine Befreiung nach § 4 oder andere Maßnahmen vermieden oder ausgeglichen werden kann, ist über die Fälle des § 5 hinaus nach § 52 Abs. 4 WHG i.V.m. §§ 96-98 WHG und Art. 57 BayWG Entschädigung zu leisten.

(2) Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergehende Anordnung erhöhte Anforderungen festsetzt, die die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Nutzung beschränken, ist für die dadurch verursachten wirtschaftlichen Nachteile ein angemessener Ausgleich nach Art. 32 i.V.m. Art. 57 BayWG zu leisten.

§ 9 Ordnungswidrigkeiten

Nach § 103 Abs. 1 Nr. 7a, Abs. 2 WHG, Art. 74 Abs. 2 Nr. 1 BayWG kann mit

Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einem Verbot nach § 3 Abs. 1 und Abs. 2 zuwiderhandelt,
2. eine nach § 4 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Ausnahme verbundenen Inhalts- und Nebenbestimmungen zu befolgen.
3. Anordnungen oder Maßnahmen nach den §§ 5 und 7 nicht duldet.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in den Amtsblättern der Stadt Ingolstadt und dem Landkreis Eichstätt in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung der Stadt Ingolstadt vom 13. März 1986 (Amtliche Mitteilungen der Stadt Ingolstadt Nr. 13/1986) außer Kraft.

Ingolstadt, den 11.06.2012

Stadt Ingolstadt

gez. Dr. Alfred Lehmann, Oberbürgermeister

**Anlage 1 (Lageplan M 1 : 20.000)**

**Anlage 2**

Maßgaben zu § 3 Abs. 1, Nrn. 2, 3, 5 und 6

**1. Wassergefährdende Stoffe (zu Nr. 2)**

Es ist jeweils die aktuelle Fassung der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Wasserhaushaltsgesetz über Einstufung wasser-

gefährdender Stoffe in Wassergefährdungsklassen (Verwaltungsvorschrift wassergefährdender Stoffe - VwVwS)“ zu beachten.

**2. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (zu Nr. 2.2)**

Im Fassungsbereich und in der engeren Schutzzone sind Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nicht zulässig.

In der weiteren Schutzzone III sind nur zulässig:

1. **oberirdische Anlagen** der Gefährdungsstufen A bis C, die in einem Auffangraum aufgestellt sind, sofern sie nicht doppelwandig ausgeführt und mit einem Leckanzeigergerät ausgerüstet sind; der Auffangraum muss das maximal in den Anlagen vorhandene Volumen wassergefährdender Stoffe aufnehmen können,
2. **unterirdische Anlagen** der Gefährdungsstufen A und B, die doppelwandig ausgeführt und mit einem Leckanzeigergerät ausgerüstet sind.

Die Prüfpflicht richtet sich nach der VAWs.

Unter Nr. 2.2 können auch Abfälle z.B. im Zusammenhang mit Kompostieranlagen oder Wertstoffhöfen fallen. An die Bereitstellung von Hausmüll aus privaten Haushalten zur regelmäßigen Abholung (z.B. Mülltonnen) werden keine besonderen Anforderungen gestellt.

**3. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen außerhalb von Anlagen (zu Nr. 2.3)**

Von der Nr. 2.3 sind berührt:

- Düngung, Anwendung von Pflanzenschutzmitteln etc. nach den Maßgaben der Nrn. 4.12, 4.13, 6.1, 6.2, 6.5, und 6.6,
- Straßensalzung im Rahmen des Winterdienstes,
- das Mitführen und Verwenden von Betriebsstoffen für Fahrzeuge und Maschinen,
- Kleinmengen für den privaten Hausgebrauch,
- Kompostierung im eigenen Garten.

Entsprechend der VAWs werden an Abfüllplätze von Heizölverbraucheranlagen über die betrieblichen Anforderungen hinaus keine Anforderungen gestellt.

**4. Stallungen (zu Nr. 5.3):**

Ziffer 4 a:

1. mit Flüssigmistverfahren:

Bei Stallungen für Tierbestände über 40 Dungeinheiten ist das erforderliche Speichervolumen für Gülle auf mindestens zwei Behälter aufzuteilen.

40 Dungeinheiten (= 3.200 kg Stickstoff pro Jahr) fallen bei folgenden Höchststückzahlen für einzelne Tierarten an:

- Milchkühe	40	Stück	(1 Stück = 1,0 DE)
- Mastbullen	65	Stück	(1 Stück = 0,62 DE)
- Mastkälber, Jungmastrinder	150	Stück	(1 Stück = 0,27 DE)
- Mastschweine	300	Stück	(1 Stück = 0,13 DE)
- Legehennen, Mastputen	3.500	Stück	(100 Stück = 1,14 DE)
- sonst. Mastgeflügel	10.000	Stück	(100 Stück = 0,4 DE)

Der Tierbestand darf 80 Dungeinheiten je Stallung bzw. 120 Dungeinheiten je Hofstelle nicht überschreiten. Bei mehreren Tierarten auf einer Hofstelle sind die entsprechenden Dungeinheiten aufzusummieren.

2. mit Festmistverfahren:

Bei Tierbeständen über 80 Dungeinheiten ist das erforderliche Speichervolumen für Jauche auf mindestens zwei Behälter aufzuteilen.

Der Tierbestand darf 80 Dungeinheiten je Stallung bzw. 160 Dungeinheiten je Hofstelle nicht überschreiten. Bei mehreren Tierarten auf einer Hofstelle sind die entsprechenden Dungeinheiten aufzusummieren.

3. mit gemischten Entmistungsverfahren:

Die maximalen Tierbestände je Hofstelle sind anteilig entsprechend 1.1 und 1.2 zu ermitteln.

4. Befreiung

Die Erteilung einer Befreiung nach § 4 ist bei bestandsgeschützten landwirtschaftlichen Betrieben möglich, wenn dies betriebsbedingt



notwendig ist (Existenzsicherung) und das erhöhte Gefährdungspotential durch technische Anforderungen ausgeglichen werden kann. Trinkwasserschutz gewährleistet ist.

Ziffer 4 b:

Bei Gülle- bzw. Jauchekanälen ist zur jährlichen Dichtheitsprüfung eine Leckageerkennung für die Fugenbereiche entsprechend Anhang 5 Nr. 4.2 der VAWS vorzusehen.

Planbefestigte (geschlossene) Flächen, auf denen Kot und Harn anfallen, sind gemäß VAWS flüssigkeitsundurchlässig (Beton mit hohem Wassereindringwiderstand) auszuführen und jährlich durch Sichtprüfung auf Undichtigkeiten zu kontrollieren.

Bei Güllesystemen ist der Stall in hydraulisch-betrieblich abtrennbare Abschnitte zu gliedern, die einzeln auf Dichtheit prüfbar und jederzeit reparierbar sind.

Der Speicherraum für Gülle bzw. Jauche sowie die Zuleitungen sind baulich so zu gliedern, dass eine Reparatur jederzeit möglich ist. Dies kann durch einen zweiten Lagerbehälter oder eine ausreichende Speicherkapazität der Güllekanäle gewährleistet werden. Hinsichtlich der Dichtheitsprüfungen wird auf den Anhang 5 der VAWS hingewiesen.

Die einschlägigen Regeln der Technik, insbesondere DIN 1045, sind zu beachten.

Der Beginn der Bauarbeiten ist bei der Kreisverwaltungsbehörde und dem Wasserversorgungsunternehmen 14 Tage vorher anzuzeigen.

Betriebe, die durch Zusammenschluss oder Teilung aus einem in Zone III vorhandenen Anwesen entstehen, gelten ebenfalls als „in dieser Zone bereits vorhandene Anwesen“.

#### 5. Beweidung, Freiland-, Koppel- und Pferchtierhaltung (zu Nr. 6.7)

Eine flächige Verletzung der Grasnarbe liegt dann vor, wenn das bei herkömmlicher Weide unvermeidbare Maß (linienförmige oder punktuelle Verletzungen im Bereich von Treibwegen, Viehtränken etc.) überschritten wird.

#### 6. Offener Karst

Als offener Karst wird der Hauptgrundwasserleiter Malmkarst bezeichnet,

- wenn keine schützenden Deckschichten vorhanden sind,
- wenn nur schlechte Deckschichten (durchlässige Kiese und Sande) vorhanden sind oder
- wenn eine gute (tonig-schluffige) Deckschicht geringer als 3 m ausgebildet ist.

Geeignete Voruntersuchungen sind durchzuführen (6.12).

#### 7. Besondere Nutzungen sind folgende landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Nutzungen (zu Nr. 6.13):

- Weinbau
- Obstbau, ausgenommen Streuobst
- Hopfenanbau
- Tabakanbau
- Gemüseanbau
- Zierpflanzenanbau
- Baumschulen und forstliche Pflanzgärten
- Christbaumkulturen

Das Verbot bezieht sich nur auf die Neuanlage derartiger Nutzungen, nicht auf die Verlegung im Rahmen des ertragsbedingt erforderlichen Flächenwechsels bei gleichbleibender Größe der Anbaufläche.

#### 8. Rodung, Kahlschlag und in der Wirkung gleichkommende Maßnahmen (zu Nr. 6.14)

Ein Kahlschlag liegt vor, wenn auf einer Waldfläche alle aufstockenden Bäume in einem oder in wenigen kurzen aufeinander folgenden Eingriffen entnommen werden, ohne dass bereits eine ausreichende übernehmbare Verjüngung vorhanden ist und daher durch die Hiebmaßnahme auf der Fläche Freilandbedingungen (Klima) entstehen.

Eine dem Kahlschlag gleichkommende Maßnahme ist eine Licht-hauung, bei der nur noch vereinzelt Bäume stehen bleiben und dadurch ebenfalls Freiflächenbedingungen entstehen.

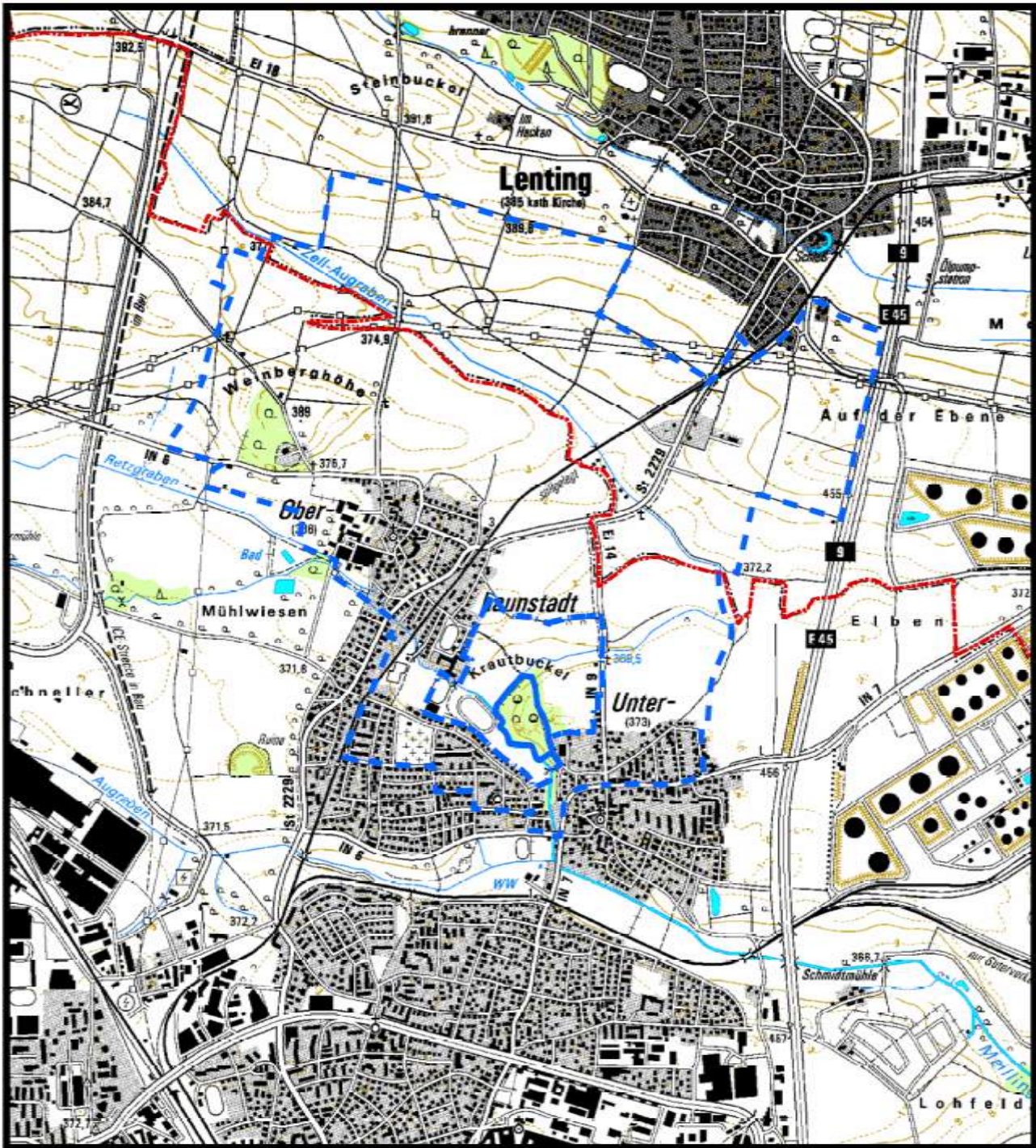
Ein Kahlschlag kann auch entstehen, wenn zwei oder mehrere benachbarte Waldbesitzer Hiebe durchführen, die in der Summe zu den bereits genannten Freiflächenbedingungen führen.

Dagegen sind Hiebsmaßnahmen eines oder mehrerer Waldbesitzer auf räumlich getrennten Teilflächen zulässig, wenn sie die Flächenobergrenzen dieser Verordnung lediglich in der Summe überschreiten.

Als Rodung bezeichnet man die Beseitigung von Wald zugunsten einer anderen Bodennutzungsart (Art. 9 BayWaldG). Bei der Rodung werden in der Regel auch die Wurzelstöcke entfernt, so dass tiefgreifende für die Wasserwirtschaft nachteilige Störungen der Bodenstruktur entstehen.

Unter Kalamitäten sind Schäden durch Windwurf, Schneebruch oder durch Schädlingsbefall zu verstehen, deren Beseitigung nur durch die Entnahme aller geschädigten Bäume und daher u.U. nur durch Kahlschlag möglich ist.

Anlage 1 zu Nr. 120



# Stadt Ingolstadt

Anlage 1 der Verordnung der Stadt Ingolstadt über das Wasserschutzgebiet "Am Krautbuckel" vom \_\_\_\_\_

- W I = Fassungsbereich (Zone I)      Stadtgebiet
- W II = engere Schutzzone (Zone II)
- W III = weitere Schutzzone (Zone III)

Maßstab 1:20.000



**Referat V**  
**Umweltamt**

Ingolstadt, den \_\_\_\_\_

Dr. Alfred Lehmann, Oberbürgermeister